



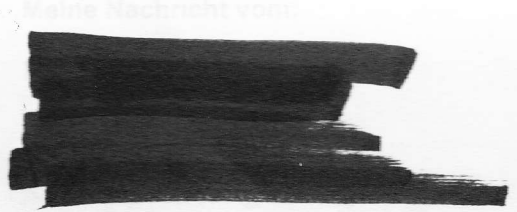
Schleswig-Holsteinischer Landtag • Postfach 7121 • 24171 Kiel

Verleger Hanfjournal
Herrn Emanuel Kotzian



Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:

Mein Zeichen:



22. November 2012

- a) **Drogenpolitik muss Präventionspolitik bleiben**
Antrag der Fraktion der FDP - Drucksache 18/157

Drogenpolitik braucht Prävention und Innovation
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW - Drucksache 18/216 (neu) - selbstständig -

- b) **Konsequente Anti-Drogenpolitik und Suchtprävention fortsetzen**
Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 18/179

Sehr geehrter Herr Kotzian,

der Sozialausschuss berät derzeit die oben genannten Anträge. Im Rahmen dieser Beratung möchte der Ausschuss Ihnen Gelegenheit geben, eine schriftliche Stellungnahme dazu abzugeben, und zwar möglichst bis

15. Januar 2013.

Ferner bittet Sie der Ausschuss, ihm Ihre Stellungnahme in elektronischer Form an die **oben aufgeführte E-Mail-Adresse** unter Angabe von Absender und Adressat zukommen zu lassen. Vorsorglich mache ich darauf aufmerksam, dass eine Erstattung von Kosten und Auslagen nicht möglich ist.

Ich weise darauf hin, dass die Sitzungen der Landtagsausschüsse und die Parlamentsmaterialien gemäß Artikel 17 der Landesverfassung und § 17 der Geschäftsordnung öffentlich sind und damit auch Ihre gegenüber dem Ausschuss abgegebene Stellungnahme für die Öffentlichkeit zugänglich ist, unter anderem über die Landtags-INFOthek im Internet.



Die in der Anlage beigefügten Drucksachen finden Sie in elektronischer Form unter folgenden URLs:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0100/drucksache-18-0157.pdf>

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0100/drucksache-18-0179.pdf>

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0200/drucksache-18-0216.pdf>

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Im Auftrag



Ausschussgeschäftsführerin

Anlage

Drucksachen 18/157

18/179

18/216 (neu)



Antrag

der Fraktion der FDP

Drogenpolitik muss Präventionspolitik bleiben

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag teilt die Auffassung des schleswig-holsteinischen Suchtbeauftragten zu „Drugchecking-Angeboten“ und der Erhöhung der Eigenbedarfsgrenze bei Cannabis. Entsprechend spricht sich der Landtag dafür aus,

1. keine Veränderung des Grenzwertes für Cannabisprodukte in der Richtlinie zur Umsetzung des § 31 a des Betäubungsmittelgesetzes vorzunehmen;
2. keine „Drugchecking-Angebote“ staatlich zu fördern, sondern stattdessen weiterhin sinnvolle Präventionsangebote insbesondere für Jugendliche zu unterstützen.

Anita Klahn
und Fraktion



Antrag

der Fraktion der CDU

Konsequente Anti-Drogenpolitik und Suchtprävention fortsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, an einer konsequenten Anti-Drogenpolitik festzuhalten.

Dazu gehört insbesondere:

1. die bestehenden Grenzwerte für Cannabisprodukte nicht zu erhöhen,
2. die Kommunen in ihren vielfältigen Bemühungen gegen Drogenmissbrauch weiterhin zu unterstützen,
3. Maßnahmen zur Aufklärung und Prävention fortzuführen.

Volker Dornquast
und Fraktion



Änderungsantrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW

Drogenpolitik braucht Prävention und Innovation

Drucksache 18/ 157

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekräftigt, dass sich eine effektive schleswig-holsteinische Sucht- und Drogenpolitik an den Grundsätzen

- Prävention und Aufklärung über die Gefahren,
- niedrigschwellige Hilfsangebote für DrogenkonsumentInnen,
- qualifizierte Hilfen für Suchtkranke sowie
- konsequente Strafverfolgung von kriminellen Dealern und organisiertem Drogenhandel

orientiert und wird diese unter Berücksichtigung neuer fachlicher Erkenntnisse und Erfordernisse fortentwickeln.

Dazu wird er entsprechende Expertenstellungnahmen aus Suchthilfe, Präventionsarbeit, Forschung und Wissenschaft einholen und bewerten. Der Landtag wird zu diesem Zweck eine Anhörung in seinen Fachausschüssen durchführen. Nachstehende Maßnahmen sollen dabei auch Berücksichtigung finden:

1. Verstetigung und Fortentwicklung effektiver Suchtpräventionsangebote für legale und illegale Drogen sowie die Umsetzung eines konsequenten Jugendschutzes.
2. Bundesweite Vereinheitlichung des Grenzwertes und der Strafverfolgung bzw. des Absehens von Strafverfolgung bei Cannabisprodukten in der „Richtlinie zur Umsetzung des § 31 a Betäubungsmittelgesetz“.

3. Möglichkeiten und Effekte einer modellhaften Erprobung von so genannten „Drug-checking - Angeboten“ mit wissenschaftlicher Begleitung an einem Standort in Schleswig-Holstein.
4. Prüfung der notwendigen rechtlichen Änderungen zur Ermöglichung der Einrichtung von Drogenkonsumräumen durch die Kommunen sowie die dafür gegebene Bedarfslage.

Peter Eichstädt
und Fraktion

Dr. Marret Bohn
und Fraktion

Burkhard Peters

Dr. Patrick Breyer
und Fraktion

Flemming Meyer
und die Abgeordneten des SSW